

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

8.5.1868 (No. 109)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 8. Mai.

N. 109.

Voranzahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Telegramme.

Berlin, 6. Mai. In der gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Delbrück abgehaltenen Sitzung des norddeutschen Bundesraths wurden die Präsidialvorlagen in Betreff des Abschusses einer Literatorkonvention mit der Schweiz, und der unentgeltlichen Verabfolgung des Bundes-Gesetzblatts an die Gemeinden, an den IV. bzw. VII. Ausschuss verwiesen. Auf Bericht des V. Ausschusses wurden die Entwürfe eines Telegraphenvertrags mit Luxemburg und eines Postvertrags mit der Schweiz genehmigt.

Berlin, 7. Mai. Zollparlament. Adressdebatte. Tribünen überfüllt. Am Bundesraths-Tisch Graf Bismarck, v. Berglas, Referent v. Bennigsen für die Adresse. Correferent v. Thüngen dagegen. Letzterer konstatiert, die Süddeutschen fürchten von einer nähern Verbindung mit Preußen die Beeinträchtigung ihrer Institutionen; sie werden trotzdem an der Seite des norddeutschen Bundesstaats stehen, kämpfen und bluten. Das deutsche Nationalgefühl der Süddeutschen sei eben so stark, wie das der Norddeutschen; aber sie stehen streng auf dem Boden der Verträge, vermittelt welcher sie eine weitere Einigung Deutschlands anbahnen wollen; die Adresse überschreite jedoch die vertragsmäßige Kompetenz.

Wien, 6. Mai, Nachm. In der Stadt sind beunruhigende Gerüchte über eine plötzliche ernste Erkrankung des Reichskanzlers v. Beust verbreitet. An kompetenter Stelle versichert man, daß das Unwohlsein des Frhr. v. Beust einen unbedeutlichen Charakter habe.

Wien, 6. Mai, Abends. Frhr. v. Beust befindet sich in voller Besserung. Die heutige „Abendpost“ meldet über das Unwohlsein Folgendes: „Frhr. v. Beust wurde gestern Nachmittag von einem heftigen Anfall von Darmkolik mit Gallenbrechen betroffen. Am Mitternacht trat eine wesentliche Erleichterung ein; heute haben wir die beruhigende Gewißheit, daß das Unwohlsein keine ernste Bedeutung hat.“

Deutschland.

Karlsruhe, 7. Mai. Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben sich heute Vormittag in Gesellschaft H. G. H. des Markgrafen Max und des Prinzen Karl von Baden, sowie Sr. Kaiserl. Hoheit des Herzogs Nikolaus von Leuchtenberg nach Kaltenbrunn zur Auerhahnjagd begeben. Höchstw. werden die nächsten Sonntag den 10. Mai in die Residenz zurückkehren.

Augsburg, 6. Mai. Die „Allgem. Ztg.“ setzt heute den Alarm, den sie jüngst mit der „Mainzer Frage“ begonnen, fort; sie schreibt: „Aus Wien, 5. d., erhalten wir Briefe, welche die Lage zwischen Frankreich und Preußen als täglich gespannter bezeichnen, die französischen Klüftungen derart anheben, daß Kaiser Napoleon sie, ohne etwas ausgerichtet zu haben, nicht zurücknehmen könne, und uns bestimmen, unsere Pariser Mittheilung, daß Kaiser Napoleon in der Mainzer Frage eine Handhabe suche, vollständig aufrecht zu erhalten. Oesterreich bietet Alles auf, den Frieden zu erhalten.“ Natürlich überlassen wir der „Allg. Ztg.“ alle Verantwortlichkeit für vorstehende Mittheilung.

München, 6. Mai. (A. Z.) Die Feier des 50jährigen Bestehens unserer Verfassung, welche am 26. Mai 1818

verkündet worden ist, wird hier in der Hauptstadt und wohl auch in den andern Städten des Landes würdig begangen werden. Unsere Gemeindefolgen haben die Niederlegung einer besondern Kommissivkommission beschlossen, welche den Auftrag erhält, geeignete Vorschläge zu diesem Ende zu machen. — Das neueste Regierungsblatt enthält eine Bekanntmachung, nach welcher Wehrpflichtige oder Freiwillige, die das Abolutorium eines bayrischen Realgymnasiums besitzen, nach halbjähriger entsprechender Dienstleistung bei einer Heeresabtheilung zu Offiziersaspiranten zweiter Klasse ernannt werden können, und als solche gleich den Absolventen des Kadettenkorps, dann der humanistischen Gymnasien in den militärwissenschaftlichen Kurs einzutreten haben. — Heute treffen auch die widerpenigen Landwehr-Pflichtigen, Reservisten und Ersatzmannschaften aus den Bezirken Traunstein, Reichenbach, Trostberg, Rosenheim, Deggendorf und Teuschnitz in der Festung Ingolstadt unter militärischer Bedeckung zu den Waffenübungen ein. — Der K. Staatsminister Fürst v. Hohenlohe ist heute nach Berlin abgereist, um bei der morgen im Zollparlament stattfindenden Debatte über die Adressfrage gegenwärtig zu sein.

Darmstadt, 5. Mai. Der „Darmst. Ztg.“ zufolge ist Prinz Alexander von Hessen gestern nach St. Petersburg gereist, um der russischen Kaiserfamilie einen Besuch abzustatten. Der „Münn. Kor.“ sagt, der Prinz sei telegraphisch nach St. Petersburg „berufen“ worden. — Die Kaiserin von Rußland wird im Sommer zu einem längeren Aufenthalt hierher kommen.

Wiesbaden, 5. Mai. Wie der „Rhein. Kur.“ vernimmt, hat der Minister für die landwirthsch. Angelegenheiten auf Antrag der K. Regierung hier selbst ein Kapital zur Disposition gestellt, aus welchem denjenigen Gemeinden des hohen Westerwaldes, welche noch in diesem Jahr die Konsolidation ihrer Feldmark beschließen, je nach der Bedürftigkeit der Besitzer ein Staatszuschuß bis zu 20 Sgr. pro Morgen zu den Kosten der Konsolidationen bewilligt werden darf.

Gotha, 5. Mai. (Münn. Kor.) Der hiesige Spezial-Landtag erklärte sich heute (wie bereits kurz erwähnt) gegen das Eingehen auf die Beratung des Gesetzentwurfs, nach welchem eine bedeutende Verminderung der Justizkanzleibezirke eintreten soll. Dieser in zweiter Abstimmung gefaßte Beschluß war die Folge der heutigen Erklärung der Minister, daß die Publikation des Gesetzes nur nach Annahme der im neuen Etatsentwurf aufgeführten Gehaltsverbesserung für die Justizsubalternen geschehen werde.

Leipzig, 4. Mai. Auch bei unseren beiden Schützenbataillonen haben dieser Tage Verurlaubungen (7—10 Mann von jeder Kompagnie) stattgefunden.

Leipzig, 6. Mai, Abends. Die heute hier stattgehabte Versammlung von Fabrikanten genehmigte eine von 18 Firmen vorgelegte Petition an den Bundesrath und den Reichstag des Norddeutschen Bundes; auf Umwandlung des Papiergeldes der einzelnen Staaten in Bundes-Papiergeld und auf Einhaltung der einzelnen Privatbanken zur Errichtung von Einwechslungsstellen in Berlin, Leipzig und Frankfurt a. M.

Deffau, 3. Mai. Die offiziöse „Köthener Ztg.“ hört, daß von Seiten des herzogl. Hof-Jagdwams eine Verfügung ergangen ist, wonach die Oberförster sämmtliches aus den For-

sten tretende Wild zu erlegen haben. Bekanntlich hat die Beschwerde über Wildschaden Jahre lang einen hervorragenden Platz unter den Klagepunkten der Stände behauptet.

Schwedt, 4. Mai. (Volks-Ztg.) Nach der letzten Zählung hat die Bevölkerung des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz seit 1860 290 Einwohner eingebüßt, indem dieselbe in dem letztgenannten Jahr 99,060, im Jahr 1867 aber nur 98,770 Einwohner hatte. In den letzten Tagen waren die Waggons der mecklenburgischen Bahnen wiederum mit Auswanderern überfüllt. — In Lübeck und Wismar sind für den Bau der Kleinen-Lübecker Bahn 20,000 Stück Eisenbahn-Schienen aus England eingetroffen. Diese Sache ist mit größter Eile betrieben, um wegen des bevorstehenden Eintritts Mecklenburgs in den deutschen Zollverein die Verzollung nach dem Tarif des letzteren zu vermeiden. Das Unternehmen ist gelungen. Ob aber der Großherzog, für dessen Rechnung jene Bahn erbaut wird, von der Nachverzollung verschont bleibt, ist eine Frage, welche der Zoll-Bundesrath beantworten wird.

Berlin, 5. Mai. Die „Parlam.-Korresp.“ schreibt: Im Zollparlament bildet die Adressfrage gegenwärtig den Brennpunkt der Verhandlungen. Nachdem über den Antrag der National-Liberalen die Ansichten der einzelnen Fraktionen weit auseinander gingen und derselbe vielfach bekämpft wurde, versuchte man von verschiedenen Seiten eine Einigung der einzelnen Ansichten in's Werk zu setzen. Besonders wurde hierfür in den Mittelfraktionen vielfach gewirkt, und hatte dies das Resultat zur Folge, daß ein von den Abgg. Herzog v. Ujest und Frhr. v. Roggenbach entworfener Antrag auf motivirte Tagesordnung den einzelnen Fraktionen mitgetheilt wurde, welcher namentlich unter den Freikonservativen, den Altliberalen, den Nationalen Süddeutschen, besonders den Bayern und Badenern, wie auch unter vielen Mitgliedern der Konservativen und Partikularisten Anklang fand. Da somit eigentlich sehr wenig oder gar keine Aussicht für die Annahme der Adresse vorhanden war, so forderte der Vorstand der Fraktion der National-Liberalen den Vorstand der Freikonservativen auf, zu einer gemeinschaftlichen Besprechung über diese Angelegenheit zusammenzutreten. Der Vorsitzende der Freikonservativen, Herzog v. Ujest, nahm diesen Vorschlag an, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Vorstand der konservativen Fraktion zu dieser Besprechung mit herangezogen werde. Die Besprechung hat heute Mittag 2 Uhr stattgefunden, und haben an derselben die drei Fraktionsvorstände und der Abg. Frhr. v. Roggenbach Theil genommen. Als Resultat derselben ist folgender Antrag hervorgegangen:

Das Zollparlament wolle beschließen: in Erwägung, daß die Neugestaltung des Zollvereins auf Grund des Vertrags vom 8. Juli v. J. durch die Berufung der Vertreter des deutschen Volkes zu gemeinsamer gesetzgeberischer Thätigkeit in einer Versammlung das Unterfangen stetiger Fortentwicklung nationaler Institutionen gewährt und dem berechtigten Anspruch der Nation auf eine wirksame Einigung ihrer Staatskräfte eine befriedigende Erfüllung sichert; in Erwägung, daß ein einmüthiges Zusammenwirken für die dem Zollparlament obliegenden Aufgaben dieses Ziel am meisten zu fördern geeignet ist, über den Antrag der Abgg. Mey und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Als Antragsteller fungiren die Abgg. Herzog v. Ujest, Frhr. v. Roggenbach, Böck und Feustel. Unterstützt ist der Antrag von mehr als 50 Mitgliedern.

Der große Peter.

(Fortsetzung aus Nr. 108.)

„Du und wie steht jetzt die Sache?“ fragte der Müller, während das Bärchen den Peter, der sich im Feld einen statlichen, seinem sonnenverbrannten Antlitz trefflich anstehenden, Schnurr- und Vollbart hatte wachsen lassen, immer wieder von neuem anschauen mußte.

Der Major suchte die Achsel. „Nicht gut!“ gestand er offen. „Die Preußen und die Reichstruppen sind uns auf den Fersen. Und da die Hoffnung, Allirte zu bekommen, verschwunden ist, so bleibt uns nichts übrig, als im nochmaligen letzten verzweifelten Kampfe ehrenhaft zu fallen — oder aber Zuzug in der nahen Schweiz zu suchen. Der einzige schmale Weg dorthin ist noch offen.“

„Wann es so steht“, meinte das Bärchen, „so könnt ihr euch ja ergeben, es es zum Aeußersten kommt.“

„Dieses Kind“, entgegnete der Peter, „das war für Alle, die, wie ich, eine Charge angenommen, mit der Unannehmlichkeit verknüpft, handrechtlich dem Pulver und Blei zu verfallen oder im glücklichsten Fall lebenslanglich hinter Schloß und Riegel gesetzt zu werden.“

„Das ist traurig“, seufzte das Bärchen, indem der letzte Schimmer von Freude aus seinem Gesicht entwich.

„Glaubt Ihr also, daß es noch einmal zum Schlagen kommen kann in unser Gegend?“ fragte der Müller.

Der Peter drehte den Schnurrbart und sagte, sich in die Brust werfend, „wie mir's scheint, muß die letzte Patrone verschossen werden, eh wir retiriren. Es handelt sich um unsere Ehre.“

„D, mit eurer Ehre, ihr hartköpfigen Männer“, sagte in vorwurfsvollem Ton das Bärchen. „Denk auch ein wenig an eure Mütter und — Geschwister“, schloß es, da es nicht Bräute oder Geliebten sagen durfte.

„Es war fatal, für unsre Gegend“, warf der Müller ein, „wo im Augenblick die Feinde so schön im Feld stehen.“

„Es war ein großes, großes Unglück!“ seufzte das Bärchen still vor sich hin. Es dachte an den Bruder. „Wenn dem Franz ein Unglück zustoßen würd“, sagte es.

„Seid ohne Sorgen“, tröstete der Peter, „es werden Alle von der Bürgerwehr wieder heimkommen, frisch und gesund, wie sie fortgegangen sind.“

„Der Franz ist zu nichts weniger als zum Soldat geboren“, meinte der Müller.

„Er wird so geschick sein, und sich bei passender Gelegenheit verurlauben“, war die Meinung des Majors. Dann erkundigte er sich nach seinen Bekannten im Dorf. Er bat, da es ihm nun jedenfalls zu spät werde zum Besuch droben, alle Bekannten, und namentlich den alten Lehrer, diesmal zu grüßen.

Im Verlauf des Gesprächs machte der Müller seinem Befreier ein nicht zu verachtendes Anerbieten. „Bei der ungewissen Lage“, sprach er, „und den schlechten Zeiten — wenn ich Euch da mit etwas Geld dienen kann — von Herzen gern.“

„Ist dankenswerth“, versetzte der Peter, „wenn ich's brauchte, würd' ich es unbedingt annehmen.“

„Ich meinte nur“, bemerkte der Müller, „für den Fall der Noth. Ein Dienst ist den andern werth; und so muß ich jetzt in Eurer Schuld bleiben.“

„Sie ist nicht groß“, meinte der Peter und brachte die Rede auf den Nazi. „Biel hab' ich eigentlich nie auf ihn gehalten“, erklärte er, „und jetzt hab' ich an dem Problein da gesehen, daß das Sprichwort die Wahrheit sagt: Schlechtes Leder gibt schlechte Schuh.“

„Wenn ich wüßte“, sagte das Bärchen, halb zum Vater gewendet, „daß der Peter ein kleines Nachtessen annähme — Suppe und etwas Fleisch, wär' bald gemacht.“

„Ich muß für Alles danken, liebe Leut“, entgegnete der Peter. „Die Zeit ist mir sehr knapp zugemessen. Länger darf ich nicht verweilen, ohne von der Mannschaft vermisst zu werden. Ich freue mich, daß

mein Hieherkommen doch nicht ganz zwecklos gewesen ist. Und mit diesem Gedanken muß ich jetzt scheiden.“

Er hatte den Mantel und den Helm ergriffen und schickte sich zum Fortgehen an. An der Thüre machte er nochmals Halt. „So bewahrt mir denn ein gutes Andenken“, sagte er zum Müller, „vergeßt und verzehet die — Vergangenheit. Es waren glückliche Zeiten für mich! Hier auf der Schwelle, die ich wahrscheinlich nie mehr betreten werde — jetzt, wo ich dem Vaterland den Rücken kehren muß — darf ich's wohl sagen: die Hoffnung, die mich aufrecht erhalten hat — beim eisernten Würfelspiel um Leben und Tod — ich muß sie sinken lassen, das Spiel ist verloren. Leb wohl!“ Bei diesen Worten hatte er beide Hände des Bärchen erfaßt und an seine Brust gedrückt. — „Wühligott!“ war sein letztes Wort, das er ihm zurief.

Das Bärchen war leichenblau geworden. Es brachte kein Wort über die Lippen.

Der bedauernswürdige Mann eilte rasch die Stiege hinab, so daß ihm der Müller kaum folgen konnte. Eben so rasch warf er sich auf's Pferd, das der Mühlarzt wartend am Zügel hielt. Dann reichte er dem Müller, der ihm nochmals für die geleistete Hilfe dankte, die Hand — und sprengte fort, ohne sich umzusehen, der Stadt zu.

Von der Stiege weg war das Bärchen in seine Kammer geeilt, wo es, die Hände vor das Gesicht gehalten, in großer Bewegung sich über das Bett warf. Allen Kummer und alles Leid meinte es in einem gewaltigen, unaufhaltsamen Thränenstrom ausweinen zu müssen.

(Fortsetzung folgt.)

— Dresden, 1. Mai. (D. A. Z.) Emil Deorient hat gestern seine letzte Rolle auf dem Königl. Hoftheater gegeben. Der Abschied des Künstlers von der Bühne, deren hervorragendste Helden er so lange gewesen, wurde vom Publikum wie von den Schauspielern würdig gefeiert. Zu der Abschiedsvorstellung war Göthe's Lasso gewählt.

In derselben Frage hat sich die „bundesstaatlich-konstitutionelle“ Fraktion, zu welcher die Abg. Reichensperger, Windthorst, v. Mallinckrodt, Dehnbach u. gehören, heute dahin geeinigt, einen Antrag einzubringen, über den Adressentwurf zur e in f a c h e n Tagesordnung überzugehen. Der Antrag ist durch angehängte Motive erläutert, welche etwa dahin gehen:

Nach dem Vertrag vom 8. Juli 1867 ist die Zuständigkeit des Zollparlamentes auf die in den Art. III und VII jenes Vertrags näher genannten Zoll- und Steuerangelegenheiten beschränkt, und zwar mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß auf andere als die vorstehend bezeichneten Angelegenheiten die Zuständigkeit des Zollparlamentes sich nicht erstrecken solle. Nach Art. IX § 4 ibid. hat das Zollparlament auch nur „innerhalb des Kreises der im Art. VII bezeichneten Angelegenheiten das Recht, Gesetze vorzuschlagen und an dasselbe gerichtete Petitionen dem Bundesrath des Zollvereins, resp. dessen Präsidenten, zu überreichen.“ Durch den beantragten Adressentwurf wird diese verfassungsmäßig festgestellte Zuständigkeit weit überschritten, indem derselbe das Zollparlament als Vertreter des deutschen Volkes generell bezeichnet und die Frage der künftigen politischen Gestaltung Deutschlands seiner Kognition durch Mehrheitsabstimmung unterzieht. Eine solche Machtübertragung ist nicht geeignet, die geordnete Ordnung der öffentlichen Rechtsverhältnisse Deutschlands zu fördern, weil sie den berechtigten Widerstand der außerhalb des Norddeutschen Bundes stehenden deutschen Staaten und Stämme hervorruft und so die bundesstaatlich-konstitutionelle Einigung des Gesamtvereins erschwert.

Berlin, 6. Mai. Man telegraphirt der „Allg. Ztg.“: Der Zollvereins-Bundesrath hat die Präsidialvorlage, betreffend die Tabaksteuer, angenommen, wonach der ausländische Tabak mit 12 Thalern per Morgen, der ausländische mit 6 Thalern per Zentner besteuert wird.

Berlin, 6. Mai. Wie verlautet, ist die Frage wegen Einsetzung eines besondern Verwaltungsraths für das Marineministerium seit kurzem wieder in Erörterung. Bald nach der Rückkehr des Kriegsministers v. Roon dürfte diese Frage ihrer Entscheidung zugeführt werden. Bekanntlich hat der General v. Roon seit Jahren schon wiederholt den Wunsch ausgesprochen, der Mitverwaltung des Marineministeriums enthoben zu werden. Als künftigen Marineminister bezeichnet man den Vizeadmiral Jachmann. — Das Kommando der neuen Panzerfregatte „Prinz Friedrich Karl“ hat aus Frankreich u. A. drei Probeexemplare eines Rettungsgürtels mitgebracht. Wie verlautet, ist bestimmt worden, daß auf der als Kadettenschiff in Dienst gestellten Korvette „Niobe“ mit diesem Rettungsapparat Versuche und Übungen vorgenommen werden sollen. — An der Jade sind neuerdings die Hafenanlagen zum größten Theil eingestellt worden. Nur die dringendsten notwendigen Arbeiten werden weiter geführt. Die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter ist von 4000 auf 300 herabgesetzt worden. Mit Unrecht behaupten mehrere Blätter: die in Folge des Reichstags-Beschlusses vom 22. v. M. eingetretene Beschränkung der Marineanlagen und Unternehmungen sei weit umfassender, als durch das nunmehrige Ausbleiben der früher bewilligten Anleiheemittel geboten erscheine. In sicherer Rechnung auf baldige Effektivierung der Anleihe wurden namentlich viele Bauten unternommen, von denen einige mit vollen Mitteln weiter betrieben werden müssen. Um nun diese Mittel auch ferner in Bereitschaft zu haben, ist es nothwendig geworden, auf andern Gebieten des Marinewesens alle irgend zulässigen Einschränkungen anzuordnen und in solcher Weise die erforderliche Ausgleichung zu bewirken.

Wie früher gemeldet, wurde der Bundesraths-Ausschuß für Eisenbahnen, Post und Telegraphen beauftragt, sich gutachtlich über die Richtung der projektirten Venlo-Hamburger Eisenbahn zu äußern. Bekanntlich handelt es sich dabei für die Strecke von Drenthe bis Bremen um die Entscheidung zwischen zwei in Vorschlag gekommenen Linien, eine nördliche und eine südliche. Die nördliche Linie wird als Anlage durch oldenburgisches Gebiet projektirt, und zwar in der Richtung über Lohne, Breda und Wilbeshausen; die südliche als Anlage auf ausschließlich hannoverschem Gebiet, und zwar in der Richtung über Diepholz, Barnstorf und Bassum. Der erwähnte Ausschuß hat aus Rücksichten auf die Landesverteidigung und auf die Verkehrsinteressen sich dafür entschieden, dem Bundesrath die südliche Linie als die vorzuziehendere zu empfehlen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 5. Mai. Die „Presse“ berichtet: Im Ministerium des Innern werden gegenwärtig Beratungen über die Durchführung der neuen politischen Organisation gepflogen. Dr. Giska hat zu diesem Behuf sowohl die Statthalter, als auch die Mitglieder des Landesauschusses der einzelnen Kronländer nach Wien berufen. Mit Böhmen soll der Anfang gemacht werden.

Die „N. Fr. Pr.“ berichtet: Das Herrenhaus wird am Montag über das interkonfessionelle Gesetz verhandeln, wobei Miklosich als Berichterstatter fungiren wird. So viel wir vernehmen, hat die Kommission des Herrenhauses an dem vom Abgeordnetenhaus beschlossenen interkonfessionellen Gesetzentwurf nur solche Aenderungen vorgenommen, mit denen sich die Regierung einverstanden erklärt hat, woraus sich die Erwartung ableiten läßt, daß die Freisinnigkeit des Entwurfs keinen Schaden genommen hat und daß das Abgeordnetenhaus sich un schwer zu den Modifikationen einigen wird. Gelänge es sonach, zu einer raschen Einigung zu gelangen, so würden die drei konfessionellen Gesetze wohl bis Mitte des Monats die Kaiserl. Sanction erlangen.

Wien, 6. Mai. Hr. v. Beust liegt krank darnieder; eine heftige Darmkolik fesselt ihn seit gestern Abend ans Bett. Gefahr scheint nicht, aber doch nicht mehr, vorhanden zu sein; aber es ist ihm die unbedingtste Enthaltung von allen Geschäften zur Pflicht gemacht.

Morgen früh trifft der Botschafter Fürst Metternich aus Paris hier ein.

Wien, 6. Mai. (N. Fr. Pr.) Es war ein Irrthum, der selbst in Abgeordnetenkreisen vielfach verbreitet war, daß die

Sanctionirung der beiden Gesetze über die Ehe und die Schule nach der Entbindung Ihrer Majestät, bez. nach der Rückkehr des Kaisers von Ofen, erfolgen werde. Da dies nicht geschehen, glaubte man neuerdings hier und da wegen des Schicksals der beiden bezeichneten Gesetze Besorgnisse hegen zu sollen, umso mehr, da der plötzliche Tod des Grafen Grivelli nur zu geeignet erscheint, der Beängstigung der Gemüther, mit der von kirchlicher Seite in höheren Kreisen ohnehin vielfach operirt wird, starken Vorschub zu gewähren. Um diese Besorgnisse zu zerstreuen, macht Jemand in der „Graz. Ztg.“ die wahren Motive bekannt, weshalb an maßgebender Stelle beharrlich an dem Entschlusse festgehalten wird, die drei gegen das Konkordat gerichteten Gesetze gleichzeitig zu sanctioniren.

Es sind diese Motive — sagt sie — noch bevor die Ehegesetz-Debatte im Herrenhause ihren Anfang genommen hatte, vom Kaiser selbst in einem Ministerialrathe dargelegt worden. Damals nämlich wurde umwunden ausgesprochen, daß der ganze Umfang der Konzeptionen, die rüchlich des Konkordats vom Ministerium verlangt wurden, gleichzeitig dargelegt werden müsse, daß der Kaiser sich nicht in die Lage gebracht sehen wolle, nach der Sanctionirung des einen Gesetzes hören zu lassen, daß als Konsequenz desselben nun wieder diese oder jene Gesetzesvorlage geboten sei, und daß dieses oder jenes Mitglied des Kabinetts von der eventuellen Zustimmung der Krone zu derselben sein Verbleiben im Amt abhängig mache. Zu diesen Gesichtspunkten gesellen sich gewisse „Rückfragen“ auf die Kurie, die seither durch die Aussicht, daß die äussersten Folgen eines Konflikts mit der Kirche sich vermeiden lassen werden, noch mehr an Boden gewonnen haben. Es kann allerdings nicht bezweifelt werden, daß der Papst sofort, wie das erste das Konkordat gegen dieses Gesetz zur Publikation gelangt, in entschiedener Form gegen dieses Vorgehen protestiren werde. Aber es ist dann doch ein Anderes — meint man in maßgebenden Kreisen — ob die drei Gesetze gleichzeitig erlassen werden, oder ob unmittelbar nach dem Protest der Kurie noch ein zweites oder drittes Gesetz erlassen werde. Diese Erwägungen sind Ursache, daß die Sanction des Ehe- wie des Schulgesetzes — ungeachtet der Kaiser, wie er der Deputation des Abgeordnetenhauses gegenüber ausgesprochen, mit der gesetzgeberischen Thätigkeit desselben durchaus einverstanden ist — noch immer auf sich warten läßt. Nun, da das Herrenhaus am Samstag den interkonfessionellen Gesetzentwurf in Verhandlung nehmen wird, dürften diese letzten Erwägungen auch ihre Erledigung finden.

Wien, 5. Mai. Gestern wurde die Eröffnung der fünf Kirchen-Barscher Eisenbahn durch ein Gesetz der Handelskammer sanctionirt. — Der Kaiser von Oesterreich kommt am 8. Mai wieder nach Ofen.

Montenegro.

Belgrad, 29. Apr. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Ganz im Stillen hat sich in Montenegro eine merkwürdige, friedliche Revolution vollzogen. Bis jetzt war in den Schwarzen Bergen keine Spur von einer staatlichen Organisation zu bemerken; der Fürst wurde als patriarchalisches Haupt des Volkes betrachtet und war der oberste Administrator, Richter, Kriegsherr, kurz, Alles in Allem. Am 10. April berief der Fürst Nikola eine Quasi-Constituante, welche die Aufgabe hatte, eine bestimmte administrative Einrichtung, sowie eine präzisere Stellung des Regenten dem Lande gegenüber zu schaffen. Nach einer warmen Rede des jungen Nikola I. konstituirte sich die Versammlung unter freiem Himmel und fing ihre Arbeiten an, deren Resultat folgendes ist: Die Staatskasse wird von nun an einem besondern Ausschusse anvertraut werden, von welchem der Fürst, sowie alle Staatsbeamten ihre Gehälter empfangen. Bis jetzt war in Montenegro zwischen fürstlich-privater und Landeskasse kein Unterschied gemacht worden. Die Zivilisten des Regenten hat dieselbe Nationalversammlung zu ordnen. Die Kirchenverwaltung wird ganz in die Hand des Metropoliten gelegt, welcher auch auf das Schulwesen einen gewissen Einfluß ausüben wird. Was diese Entscheidung hervorgerufen hat, ist noch ungewiß; jedenfalls scheint eine zwingende Ursache vorhanden gewesen zu sein. — So eben kommt mir die Nachricht zu, daß der Fürst von Montenegro vom Senat abgesetzt und im eigenen Hause internirt sei. Der hiesige russische Konsul soll diese Nachricht eben auf telegraphischem Wege erhalten haben.

Belgrad, 1. Mai. (N. Z.) Die Nachricht von der Absetzung und Gefangenhaltung des Fürsten von Montenegro bestätigt sich nicht. Dagegen ist vollkommen wahr, daß er in seinem eigenen Land so gut wie mediatirt wurde. Die ganze Verwaltung (freilich gibt es in Montenegro wenig zu verwalten) ging an den Senat über, welcher der Stuphsina (Nationalversammlung) verantwortlich ist, die aber aus Regierungsbeamten und nicht aus Volksvertretern besteht. Der Regent wird künftighin nur die auswärtige Politik leiten. Seine Zivilisten wird 6000 Dufaten (ungefähr 33,000 fl. südd. W.) betragen. Dagegen scheint es, daß die auswärtige Unterstützung, welche Montenegro von Rußland, Frankreich und Oesterreich erhält (im Betrag von ungefähr 25,000 Dufaten jährlich) in die Staatskasse fließen wird, welche ein eigener Finanzminister verwalten soll. Dies sind die wesentlichen Züge der neuen Verfassung von Montenegro, und es fragt sich bloß, wozu dieses Stück „Weltgeschichte“ abgeschrieben wurde. — Die Hungersnoth in der Herzegowina hat eine unerträgliche Höhe erreicht, viele Dörfer sind durch den Hungertod fast dezimirt worden.

Schweiz.

Bern, 6. Mai. Der „Bund“ schreibt: Die Großschadische Regierung hat sich bereit erklärt, auf die ihr vom Bundesrath vorgeschlagene Besprechung über die beiderseitigen allgemeinen Eisenbahnananschluß-Verhältnisse einzutreten, bevor insbesondere wegen der Bahnstrecke Romanshorn-Konstanz verhandelt wird. In Folge dessen schlägt der Bundesrath vor, die Konferenz in Konstanz oder Schaffhausen abzuhalten und den Zusammenritt auf den 18. d. festzustellen. Die Abgeordneten werden später bezeichnet werden. Der Regierung von Thurgau wird davon Kenntniß gegeben.

Von Seite der Regierung von Zürich ist auf die ihr gestellten Anforderungen für die Errichtung einer landwirthsch. Abtheilung am Polytechnikum eine ablehnende Antwort erfolgt, jedoch nur in dem Sinn, daß weitere Verhandlungen auf eine günstigere Zeit vertagt werden. Der

Bundesrath erklärt sich mit dieser Vertagung für einstweilen einverstanden, indem er sich vorbehält, bei allzu langer Dauer der Unterbrechung die Frage in gutfindender Weise vorzulegen. Rätthe zu bringen.

Italien.

Rom, 5. Mai. Der Papst hat den Kerzern, worunter sich auch Israeliten befanden, welche während der letzten Choleraepidemie sich ausgezeichnet, Ehrenmedaillen verliehen.

Frankreich.

Paris, 6. Mai. Die Wochenschau des „Moniteur“ drückt sich folgendermaßen über den Zusammenritt des russischen Zollparlamentes aus.

Die Umgestaltung der Tarife und der allgemeinen Steuern des Zollvereins ist seit dem Zusammenritt des Zollparlamentes in ganz Deutschland an der Tagesordnung. Die direkte Einwirkung, welche nunmehr die von dem allgemeinen Stimmrecht erwählten Vertreter auf die Entwicklung des Zollvereins ausüben sollen, ist durch König Wilhelm in den Worten, welche er bei Eröffnung der Session an die Abgeordneten richtete, festgelegt worden. . . Jetzt schon liegt dem Parlament eine Reihe von mit den Nachbarländern abgeschlossenen Verträgen und von Gesetzentwürfen vor, deren Diskussion wahrscheinlich sofort nach Prüfung der Vollmachten beginnen wird. Während dieser Prüfung, welche Anlaß zu lebhaften Debatten gegeben hat, regten einige Abgeordnete die Idee einer an den König Wilhelm zu richtenden Adresse an. Die meisten der süddeutschen Abgeordneten sind gegen ein solches Anfinnen (suggestion) und haben eine besondere Fraktion gebildet, um, bei jeder Gelegenheit, die speziellen wirtschaftlichen Interessen der südlich des Main gelegenen Länder zu verteidigen.

Morgen geht der Kaiserl. Prinz zur ersten Kommunion und bringt deshalb diese letzten Tage in geistlichen Betrachtungen zu. Heute Morgen hielt ihm Abbé Deguerry, Pfarrer der Madeleine, der ihn zu diesem religiösen Akte vorbereitet hat, eine Predigt, der auch die Kaiserin beizuohnte. — Die „Presse“ will aus guter Quelle wissen, daß der Kaiser in Orleans gar keine Rede halten werde. Ueberhaupt werde sein Aufenthalt daselbst nur wenige Stunden dauern, während welcher er die Domkirche besuche und auf dem Festplatz in einem Zelte die Behörden empfangen und dann die landwirthschaftliche Ausstellung besichtigen werde.

Die „Liberté“ spricht über die Session, welche das Gerücht von gewissen Anforderungen, die Frankreich bezüglich der Festung Mainz zu erheben gesonnen sein soll, und führt mehrere darauf bezügliche Stellen aus süddeutschen und österr. Blättern an. Sie kommt dadurch zu folgender Schlußfolgerung:

„Es wäre demnach nicht allein der süddeutsche Bund, sondern selbst Oesterreich, welche uns an dem Tage gegenüber stehen würden, wo Frankreich an Deutschland rühren würde. Es wird demnach klug sein, die Sache erst reiflich zu überlegen, ehe man sich auf ein solches Abenteuer einläßt.“

Wie die „Patrie“ meldet, ist General M. des Pallières vom Kriegsminister damit beauftragt worden, die Truppen der Marine-Infanterie und die Genarmecorps in den Kolonien von Cochinchina, Neu-Caledonien und Réunion zu inspizieren. General des Pallières wird sich zu diesem Zweck am 9. einschiffen. Der „Moniteur“ meldet die Abreise des Fürsten Metternich von Paris mit dem Hinzufügen, daß sie ihren Grund lediglich in dem Wunsch hat, der Vermählung seines Bruders beizuwohnen.

Der „Armee-Moniteur“ hebt nicht ohne einige Empfindlichkeit einer früheren Bemerkung der „Kreuz-Ztg.“ gegenüber hervor, daß, in Bezug auf Beurteilung von Mannschaft, die französische Regierung nicht dem von Preußen gegebenen löblichen Beispiel nachzufolgen brauche, sondern daß sie hierin die Initiative ergriffen und seit Monat März unter jeder Form die Beurlaubungen und die vorzeitigen Entlassungen vervielfältigt habe. Er zählt im Ganzen 14,000 Mann, deren Urlaub verlängert, oder deren Dienstbefreiung schon vor der Zeit bewilligt worden ist. Der „Armee-Mon.“ macht besonders darauf aufmerksam, daß diese Verminderung gerade zu einer Zeit stattfand, in der gewöhnlich alle Beurlaubten für den Lagerdienst oder für die Inspektion einberufen werden. Sowohl in der Zeit, wie in der Zahl stehe also Frankreich, in Bezug auf die bewertvollsten Reduktionen, über den benachbarten Mächten. Schließlich wird es der „Times“, welche den Franzosen die preislichen Beurlaubungen zur Nachahmung empfohlen hatte, verübelt, sich stets die Dinge nur durch das Prisma ihrer politischen Vorliebe zu besehen. — Heute 69.30, Cred. mob. 235, ital. Anl. 48.75.

Paris, 6. Mai. Sitzung des Senats vom 5. Mai.

Im Senat dauert die Diskussion über das Preßgesetz fort und wird mit einem Eifer und einer Wichtigkeit von den Vertretern des Für und Wider geführt, als sollte Frankreich und die übrige Welt zum ersten Mal von der hohen Versammlung über die Befugnisse und die Vorzüge dieser neuen Erziehungsinstitution aufgeklärt werden. Es sprachen die Senatoren Ferdinand Barrot und Präsident Bonjean für, und Marquis Renier gegen die dem Preßgesetz zu ertheilende konstitutionelle Genehmigung. Marq. Renier steht Hr. v. Roupas und Hr. v. Segur d'Aguerjeau würdig zur Seite. Er rath der Regierung an, ihre Gewalt zu konzentriren, nicht aber zu theilen. Die innere wie die äußere Lage verlange mehr Aktion und Autorität, als Diskussion. Er wird allerdings als getreuer Diener, wenn auch mit Besorgnis und Widerstreben, dem Kaiser auf der Bahn der Freiheit nachfolgen, für welche die Vorsetzung Frankreich noch nicht reif zu halten scheint; allein wenn es dann später zur Umkehr kommen muß, wird er um so williger wieder zurückgeben. Präsident Bonjean stimmt für das Gesetz, befürwortet aber in eben so gründlicher wie ausführlicher Weise die Ueberweisung der Preßprose vor das Schwurgericht. Die Diskussion wird in der nächsten Sitzung (heute) fortgesetzt.

Schweden und Norwegen.

Aus Stockholm, 27. Apr., wird dem französischen „Moniteur“ geschrieben: „Vor einigen Tagen fand hier eine große Versammlung statt, an welcher sich Laufende betheiligten, um Rath zu halten, was in Schweden für Klugheits-

freiheit und Toleranz noch geschehen könne, und ob man, wie dies Siljeftrom beim Reichstag beantragt hat, das norwegische Gesetz vom 16. Juli 1845 auch für Schweden maßgebend machen solle. Die Mehrheit der Versammlung war der Meinung, daß der Art. 16 der schwedischen Verfassung, wenn er nur folgerichtig durchgeführt werde, allen Anforderungen genüge. Es wurde also beschloffen, der Nationalvertretung die Durchführung des Prinzips jenes Art. 16 in allen seinen Konsequenzen anzupfehlen und gegen jede Unzulässigkeit und Ausperrung Protest einzulegen.

Großbritannien.

London, 5. Mai. Sitzung des Unterhauses vom 4. Mai.

Das Unterhaus sammt allen zu ihm führenden Vorläufen und Gängen war schon vor 4 Uhr so gedrängt voll, daß es den Mitgliedern schwer wurde, sich einen Platz zu erobern. In dem den Herrn angeordneten Raum befand sich unter Anderem der Prinz von Wales, während Prinz Christian auf der Diplomatengallerie ein Plätzchen gefunden hatte. Vor halb fünf trat Disraeli und wenige Minuten später Gladstone ein, Jeder von ihnen durch lebhaften Zuruf seiner Parteigenossen empfangen. Der Herr verwandelte sich in Todtenstille, als Disraeli sich erhob, um die mit Spannung erwartete Erklärung über seine Beratung mit der Königin und die Haltung des Ministeriums abzugeben. Folgendes ist der wesentliche Inhalt seiner Rede, die beinahe eine volle Stunde in Anspruch nahm.

Als Lord Derby i. J. 1866 die Leitung der Geschäfte übernahm, hätte es ihm Niemand verübeln können, wenn er das unter der Verwaltung seiner Gegner gewählte Parlament, in dem er eine Minorität besaß, aufgelöst hätte. Er habe jedoch auf dieses verfassungsmäßige Recht verzichtet, und ein Gleiches habe die Regierung im vorigen Jahr gethan, nachdem die glückliche Durchführung der Reformbill ihr ein Recht zur Auflösung gegeben hatte. Die Politik der Regierung habe sich bisher in allen ihren Hauptzweigen den Befehl des Landes erworben. Die Rebellion in Irland sei mit fester Hand und trotzdem in verschlüssiger Weise unterdrückt, der abessinische Krieg glücklich zu Ende geführt worden, und selbst von Seiten der Opposition habe die Leitung der Finanzen, der inneren und auswärtigen Angelegenheiten beifällige Anerkennung gefunden. Da sei an die Regierung bezüglich die Zustimmung gestellt worden, die irische Staatskirche abzuschaffen. Das Ministerium, welches aus Rücksicht für die Rechte der Krone, die Verbindung zwischen Staat und Kirche, vererbte Eigentumsrechte und den Frieden des Landes diesem Ansinne widerstehen zu müssen geglaubt, sei zweimal nach einander von einer namhaften Majorität überstimmt worden. Und weil dadurch dessen Beziehungen zum Unterhause wesentlich geändert worden seien, habe er (Disraeli) die Königin um eine sofortige Auflösung gebeten, die ihm ohne Verzug am Freitag bewilligt worden sei. In dieser Auflösung habe er Herrg. die Lage der Regierung, die Stellung der Parteien und die Stimmung des Landes auseinandergesetzt und im Namen des Gesamtkabinetts der Königin den Rath gegeben, das Parlament aufzulösen. Gleichzeitig jedoch habe er der Königin die Abdankung des Kabinetts angeboten für den Fall, daß J. Maj. der Ansicht sei, daß durch diese Abdankung die Streitfrage befriedigender gelöst und dem Lande ein besserer Dienst geleistet werden könnte. Die Königin habe ihn darauf für den nächsten Tag zu einer zweiten Audienz beschworen, in welcher sie ihm erklärte, daß sie die Abdankung des Kabinetts nicht annehme, vielmehr bereit sei, das Parlament aufzulösen, sobald die Lage der Geschäfte dies gestalte. Darauf hin habe er J. Maj. erklärt, daß das Ministerium sein Möglichstes thun werde, um die Auflösung erst dann vorzunehmen, wenn durch sie das reformirte Parlament einberufen werden könne, was allenfalls schon im Herbst möglich sein dürfte. Nachdem der Redner sich einbringlich gegen den Vorwurf verteidigt hat, daß das Kabinet sich in unwürdiger und verfassungswidriger Weise an das Amt klammere, macht er die Andeutung, daß die Regierung keine längere Debatte über die beiden letzten Resolutionen Gladstone's zu veranstalten beabsichtige, obwohl sie sich nach wie vor gegen dieselben stemmen müsse. Zur Wiederaufnahme der Debatte sei er gern bereit, schon den nächsten Donnerstag einzuräumen, und ersuche daher den Führer der Opposition, seinen angekündigten Antrag bezüglich Voranstellung der irischen Kirchendebatte vor allen anderen Geschäften der Tagesordnung zurückzuziehen. (Lauter Beifall der Rechten.)

Gladstone erklärt sich bereit, diesem Ersuchen Folge zu leisten, nachdem für die Fortsetzung der Debatte ein so naher Termin zugestanden worden. Die Rede des Premiers dagegen unterzieht er einer sehr scharfen Kritik. Die Gesamtpolitik der Regierung verleihe durchsicht nicht das Lob, welches ihr Ehre ihr eben ertheilt, und namentlich gegen den Mangel an Sparsamkeit im Bereich der Finanzen ließen sich berechtigte Vorwürfe erheben. Beispielslos in der parlamentarischen Geschichte Englands ließe der jetzige Fall da, wo ein zweimal hinter einander durch gewaltige Majoritäten geschlagenes Kabinet der Krone den Rath zur Auflösung des Parlaments ertheilt habe. Einen solchen Rath zu geben, besitze ein Ministerium das Recht nur dann, wenn entsprechend wichtige allgemeine Motive vorlägen, und genüge der Grund zu der Annahme vorhanden wäre, daß das Majoritätsvotum des Hauses durch eine Verletzung an das Land umgestürzt werden würde. Im vorliegenden Fall jedoch habe der Premier offenbar nur die Wahrung seiner eigenen Stellung im Auge gehabt, als er der Königin einen Rath gab, dessen Weisheit sehr fraglich sei. Das Schicksal des Ministeriums liege in dessen eigener Hand; der Weg aber, dem die Opposition folgen müsse, sei ein deutlicher und bestimmter vorgeschriebener, nämlich Durchführung der vorliegenden Resolutionen, um dem nächsten Parlament den Weg zur Aktion zu bahnen. (Lebhafte Beifall der Linken.)

Weit heftiger als Gladstone sprechen sich nach einander Lowe, Ayrton, Souverie, Bright u. A. aus. Lowe verdammt die Haltung der Regierung als geradezu verfassungswidrig, insofern sie zwei entscheidende Abstimmungen des Hauses thatsächlich ignorire, und nur gemeine, persönliche Motive im Auge habe. Ayrton und Souverie protestiren namentlich scharf gegen den von Disraeli angenommenen Ton beleidigter Unschuld und gegen die verfassungswidrige Methode, der Königin, statt einem bestimmten Rath zu ertheilen, die Wahl zwischen Annahme der Kabinettsabdankung und der Parlamentsauflösung anheimzustellen zu haben. Durch solchen Gleichgewicht sei die Verantwortlichkeit von dem Ministerium auf die Krone gewälzt und die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen dieser und dem Unterhause angebahnt worden. Dieser Auffassung schließt sich auch Bright mit großer Entschiedenheit an. Lord Burtleigh — so bemerkt er unter Anderem — habe einmal den Ausspruch gethan, daß England gar

nicht zu Grund zu richten sei, wenn ihm ein Parlament nicht den Untergrund bereite. Dieses Ausspruchs gedenkend, möge das jetzige Parlament sich wohl vorsehen, so lange die Premierschaft in den Händen eines Mannes ruhe, der sich durch gemeine, niedrige Schliche im Amt zu erhalten suche, und der nicht eher weichen werde, als bis das Haus ihn durch irgend ein entschiedenes und geradezu beleidigendes Votum von seinem Platz jage.

Als Verteidiger der Regierung treten Newdegate, Rendall und zuletzt Disraeli auf, welcher, von verschiedenen Seiten gedrängt, schließlich noch die Erklärung abgibt, daß er von der Königin die Erlaubniß erhalten habe, das Parlament ohne die geringste Rücksicht auf die bisherigen oder zukünftigen Wählerschaften aufzulösen (mit anderen Worten, wann und aus welchem Grunde immer Disraeli eine Auflösung für angezeigt halten sollte). Den Angriffen Souverie's und Bright's begegnet er höhnisch mit der Herausforderung, daß es würdiger von ihnen wäre, einer Regierung, die sie als unerträglich und verfassungswidrig verdammen, mit einem offenen Misstrauensvotum entgegenzutreten.

Das Haus konstituirte sich hierauf als Subsidienkomitee, um über den Zuschlag zur Einkommensteuer und die Ausgabe von 1 Million Schilling (bezüglich Deckung der abessinischen Kriegskosten) zu beraten. Bei dieser Gelegenheit wird die Regierung abermals von Gladstone heftig angegriffen, der das Armee- und Flottenbudget viel zu hoch angelegt findet. Ihm antworten nach einander der Kriegsminister, der Marineminister und der Schatzkanzler, welche alleamt die Schuld der erhöhten Budgets auf das frühere Ministerium wälzen, welches die Mittel vernachlässigt und ausgebehrte Küstenbefestigungen angelegt habe, die mit großen Kosten jetzt armirt werden müßten. — Schließlich werden die geforderten Posten bewilligt.

Amerika.

London, 6. Mai. Per Dampfer gelangten folgende von New-York, 25. Apr., datirte Nachrichten heute hieher. Der Präsident ernannte General Scholefield zum Kriegsminister. Im Senat verteidigte Richter Nelson das ganze politische Leben des Präsidenten auf's wärmste.

Washington, 5. Mai. (Reuter's Office.) Der Schatzsekretär veröffentlicht den üblichen Monatsausweis vom 1. Mai. Die Staatsschuld belief sich auf 3,639,500,000 Dollars gegen 2642 Millionen Dollars im April. Der Staatsjahresentlohn betrug 139 Millionen gegen 122,500,000 Dollars im April.

Baden.

Forstheim, 5. Mai. (Sch. M.) Kürzlich brach in der gleichen Nacht, als auch in dem Dorf Riefern ein Wohnhaus abbrannte, in einem hiesigen Gebäude Feuer aus, das aber glücklich wieder bemerkt werden konnte. Leider muß, nach vorgefundenen Spuren, die Ursache einer Brandstiftung angenommen werden. Letzteres ist auch hinsichtlich wiederholt in Brödingen vorgekommener Brandstiftungen als bestimmt anzunehmen, und ist betreffe des einen Brandes eine gerichtliche Untersuchung gegen eine bestimmte Person im Gang.

Sachsenheim, 4. Mai. (N. B. L.-Ztg.) Gestern wurde von der Rathhauskapelle herab das erste Brautpaar durch den hiesigen Bürgermeister zum letzten Mal aufgeführt, indem der kais. Hofrath darüber, sich auf einen früheren Ordinariatsverlaß berufend, sowohl Proklamirung als auch Trauung verweigert.

Baden, 6. Mai. J. Maj. die Königin von Preußen ist hier angekommen und wie gewöhnlich im Weimarschen Hause abgesehen. — Die Fremdenzahl ist seit dem Beginn unserer Saison (1. Mai) bis heute auf 1502 gestiegen.

Ueberlingen, 3. Mai. (Konst. Ztg.) Heute Nachmittag wurde ein etwa 17 Jahre alter Bursche aus dem Spital, Namens A. Degen, der auf einem Spaziergang auf der Straße gegen Lungen begriffen war, von einem Betrunknen durch einen Stich in den Unterleib lebensgefährlich verwundet. Die That geschah mit einem mit eigener Spitze versehenen Stoch; des Täthters ist man bis jetzt noch nicht habhaft geworden; die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. Eine Veranlassung des frechsten Anfalls ist nicht bekannt. — Der hiesige Bezirks-Vorshußverein zählt bereits über 200 Mitglieder, während der ältere Handwerker-Vorshußverein mehr und mehr abnimmt.

Vom Bodensee, 4. Mai. (B. L.-Ztg.) Der Wasserstand des Sees ist in Folge des warmen Wetters seit wenigen Tagen um mehr als 1 Schuh gewachsen und hat gegenwärtig eine Höhe, wie er sonst kaum im Juni gehabt. — Vergangene Woche wurde die Arrarische Fischerei im Bodensee längs der Gemarkung Ueberlingen um 8 fl. verpachtet, während sie in den vorhergehenden Versteigerungen in Folge besonderer Liebhabereien auf 60 fl. gebracht wurde.

Vermischte Nachrichten.

— Auch in Laßte hat sich jetzt ein ständiger „Bürgerabend“, zum Zweck der gesellschaftlichen Annäherung gleichgesinnter Männer und eines gemeinsamen Wirkens, gebildet.

— Frankfurt, 7. Mai. Die Ausstellung der süddeutschen Arbeiter-Gesellschaft ist über Erwarten gelungen und für Landwirthe sehr wertvoll.

— Hanau, 6. Mai. (Zeff. Z.) Hr. Trabert schreibt bezüglich der Enthüllungen der „W.-Ztg.“ über ihn: „Ich ersehe aus diesen Enthüllungen, daß die Untersuchung, in welche ich dabei verwickelt war, noch schwebt, und werde darum — wie ich mich schon seither eines jeden Einflusses auf die von der Presse geübte Beurtheilung meiner Angelegenheit enthalten habe — für jetzt noch schweigen, indem ich mich auf das eine Wort beschränke, daß meines Wissens keinerlei Gelder mittel- oder unmittelbar in die „Hess. Volksz.“ verwendet worden sind, welche einen andern Zweck gehabt hätten, als offene und ehrliche Unterstützung bei Begründung eines föderativ-demokratischen Blattes. Ueberhaupt ist mir von keiner Seite auch nur entfernt die Zumuthung gemacht worden, meiner politischen Thätigkeit innerhalb oder außerhalb der „Hess. Volksz.“ eine Richtung zu geben, die von meiner eigenen Ueberzeugung auch nur im geringsten abwich. Sinzufügen muß ich noch, daß auch der verantwortlichen Redaktion der „Hess. Volksz.“, die nun schon acht Wochen lang meiner Beihilfe entbehrt, keine andere Richtschnur gegeben ist, als treue Befolgung föderativ-demokratischer Grundsätze und gewissenhafte Achtung des Rechts.“

— Schwert, 6. Mai. Der Ertrag der medlenburgerischen Eisenbahn betrug im Jahr 1867 570,000 Thlr. Die Dividende belief sich

wegen der Reservirung des Kapitals, nur auf 2 1/2 Proz. Der Konflikt zwischen Regierung und Direktion wurde ausgeglichen.

— In Folge des gestrigen (6.) Fuß- und Bettages sind die Berliner Blätter nicht erschienen.

— Wien, 5. Mai. (Presse.) Der langersehnte Tag der Befreiung war heute endlich für die Schuldgefangenen Wiens gekommen. In beiden Gefängnißhäusern, sowohl in jenem für Männer, als auch in jenem für Frauen, herrschte seit Beginn des Tages freudigste Aufregung. In dem erstgenannten Gefängniß erschien um 11 Uhr der Präsident des Landesgerichts, Ritter v. Scharfshmidt, geleitet von dem Hauskommandanten Hrn. Posler und dem übrigen Wachpersonal, um das heute publizirte Gesetz zu verkündigen. Die Schuldgefangenen, 43 an der Zahl — noch gestern waren zwei Personen eingeliefert worden — gruppirt sich entblößten Hauptes im Halbkreis um den Präsidenten, welcher die Verlesung des Gesetzes mit einer kurzen Ansprache begleitete. Die Schuldgefangenen antworteten mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser. In ununterbrochener Reihe folgten hierauf aus kräftigen Reihen Hochs auf Herzh, auf das Gesamtministerium, auf die Volkvertretung, auf Rende, auf den Verkündiger und den Hauskommandanten. Endlich brachten die Befreiten sich noch selbst freudig ein Hoch dar. Nur 2 Schuldgefangene, auf welche der „vorsichtswaise Arrest“ — wegen Flucht — verhängt wurde, mußten noch zurückbleiben. Im Frauen-Schuldenarrest wurde die allgemeine Freude durch einen unangenehmen Mißton gestört. Hier waren, der Befreiung harrend, 11 Frauen versammelt, darunter mehrere mit ihren Kindern. Als der Präsident das neue Gesetz verlesen hatte, wendete er sich an eine der Frauen mit der Bemerkung, daß sie von der Gesehwelchtheit ausgeschlossen sei, weil über sie der „vorsichtswaise Schuldarrest“ verhängt worden. Es war dies eine Frau aus den bessern Ständen, Mutter einer zahlreichen Familie. Sie war, den Unterschied des Gesetzes nicht ahnend, gleichfalls mit freudiger Miene dastehend, und die Mittheilung des Präsidenten traf sie nun so hart, daß sie zusammenbrach und unter Schlägen den Präsidenten beschwor, Gnade zu üben, was natürlich nicht in dessen Macht stand.

— Linz, 5. Mai. (Allg. Ztg.) Ueber die telegraphisch gemeldete Katastrophe sind folgende Einzelheiten mitzutheilen. Ein mit Getreide schwer beladener Schlepper, der „Theis“, welcher aufwärts buggirt werden sollte, wurde von der Gewalt des Hochwassers so an zwei Pfeiler der hölzernen Donaubrücke zwischen Linz und Urfaß gedrückt, daß diese brachen, und drei Brückenfelder sammt den darauf befindlichen Personen unter fürchterlichem Krachen in die Wogen sanken. Der Schlepper brach, und ein Theil desselben schwamm bis zur „Straßeninsel“. Glücklicher Weise scheint der Verlust an Menschenleben ein weit geringerer, als man anfänglich vermuthet hatte, da durch die Thätigkeit der Bioniermannschaft und jener eines in der Nähe befindlichen Dampfers der größte Theil der in's Wasser Gefallenen gerettet wurde. Die Zahl der wirklich Ertrunkenen wird sich erst später feststellen lassen.

— London, 6. Mai. Heute wurden aus der Bank 7000 Pfd. Sterling entnommen und 29,000 Pfd. Sterling eingezahlt.

— In Mologanem (Algerien) hat man vom 9. bis zum 23. April 66 tote Bettler auf der Straße gefunden, und sind in Mascara und Reichbild vom 1. bis 15. April noch immer 287 Personen des Hungertodes gestorben. Die Zahl der vom 1. Oktober bis zum 15. April in dieser Stadt verhungerten Personen beträgt 2540, nämlich im Oktober 12, im November 81, im Dezember 381, im Januar 562, im Februar 577, im März 640, im April, in der ersten Hälfte des Monats April 287, was eine Abnahme konstatirt. Ernstliche Maßregeln, um diesen furchtbaren Zuständen entgegenzutreten, scheinen jedoch immer noch nicht genommen worden zu sein.

Nachricht.

Telegramme.

† Berlin, 7. Mai, Nachmittags. Zollparlament. Abreßbebatte. Blankenburg für einfache Tagesordnung; Bluntzschli dagegen. Die Abreßbebatte habe die gleiche Berechtigung wie die Thronrede; stimmen Sie mit Ihren süddeutschen Freunden für die Abreßbebatte. Aretin's Antrag auf die einfache Tagesordnung wird mit 186 gegen 150 Stimmen angenommen.

Paris, 6. Mai. Der „Constitutionnel“ sagt, der Antrag des Herzogs v. Ujest im Zollparlament berge dieselben Grundsätze und dieselben Bestrebungen wie die Abreßbebatte. Das Blatt hofft, daß die Majorität ihn noch zu accentuirt finden würde. Nichtdestoweniger sei er ein Judicium für die überlegte und verschönlchte Stimmung einer wichtigen Fraktion der Majorität.

London, 6. Mai. Ein wichtiges Meeting fand in St.-James-Hall gegen die Aushebung der irischen Staatskirche statt. Den Vorsitz führte der Erzbischof von Canterbury. Der Lordmayor beantragte, den Bischof von Dxford und den Erzbischof von York unterstülzen, den Beschluß, die Union der Kirche mit dem Staat betreffend, aufrecht zu erhalten. Die Resolution ward angenommen.

Frankfurt, 7. Mai, 2 Uhr 18 Min. Nachm. Deserr. Kreditaktien 180, Staatsbahn-Aktien 262, National 52 1/2, Steuerfreie 49 1/2, 1860er Loose 70 1/2, Deserr. Palatia 101 1/2, 4 Prozent. bad. Loose 96 1/2, Amerikaner 75 1/2, Gold 139 1/2, 108 1/2.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
6. Mai.					
Morgens 7 Uhr	27.11, 40"	+ 9,0	N.O.	stark bew.	Sonnenkl. kühl.
Mittags 2 "	" 10,77"	+ 15,0	" "	" "	föhl. kl. N.O.
Nachts 9 "	" 10,43"	+ 11,0	" "	" "	mondhell, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 8. Mai. 2. Quartal. 62. Abonnementsvorstellung. Vor Anfang des Stückes: Ouverture zu „König Lear“, komponirt von C. Mendrich. Hierauf: Die Cavaliere, Schauspiel in 5 Akten, von G. v. Meyern. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 9 Uhr.

